

Meinung

Autofreie City Politisches Harakiri

PETER NEUMANN

Die Unterschriftensammlung für das geplante Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ ist noch in vollem Gang, da kündigt sich in Berlin die nächste Abstimmung über ein radikales Ziel an. Es geht darum, die Umweltzone größtenteils vom Kraftfahrzeugverkehr zu befreien. Das geplante Gesetz sieht vor, dass künftig innerhalb des S-Bahn-Rings nur noch zwölf private Autofahrten pro Jahr erlaubt sind. Die Botschaft ist unmissverständlich: Autos raus aus der City!

Wenn mit Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann aus Friedrichshain-Kreuzberg eine bekannte Grünen-Politikerin ihre Unterschrift ankündigt, entbehrt das nicht einer gewissen Pikanterie. Dass es zu einer Volksabstimmung mit einer derart weitgehenden Forderung kommt, hat auch damit zu tun, dass viele Bürger mit Grünen-Politikern unzufrieden sind. Sie wollen nicht länger hinnehmen, dass die verheißene Mobilitätswende bestenfalls im Schnecken-tempo vorankommt, während selbst Corona die Autolawine in Berlin nicht stoppen kann. Anstatt darauf zu warten, dass eine teils dysfunctionale, teils unwillige Verwaltung mit Myriaden von Maßnahmen zu Stuhle kommt, soll die Wende per Federstrich kommen – durch ein Landesgesetz.

Die Chancen, dass das Plebiszit die ersten beiden Hürden nehmen wird, stehen gut in einer Stadt, in der knapp die Hälfte der Haushalte über keinen eigenen Pkw verfügt und deren Motorisierungsrate zu den niedrigsten in der westlichen Welt gehört. Doch im Interesse des Friedens in der Stadt ist zu hoffen, dass es zu einem Kompromiss kommt. Wer Hunderttausende von Autobesitzern quasi enteignen will, begeht politisches Harakiri. Spätestens das Bundesverfassungsgericht wird eine derart massive Einschränkung der allgemeinen Handlungsfreiheit, wie sie hier geplant ist, kippen.

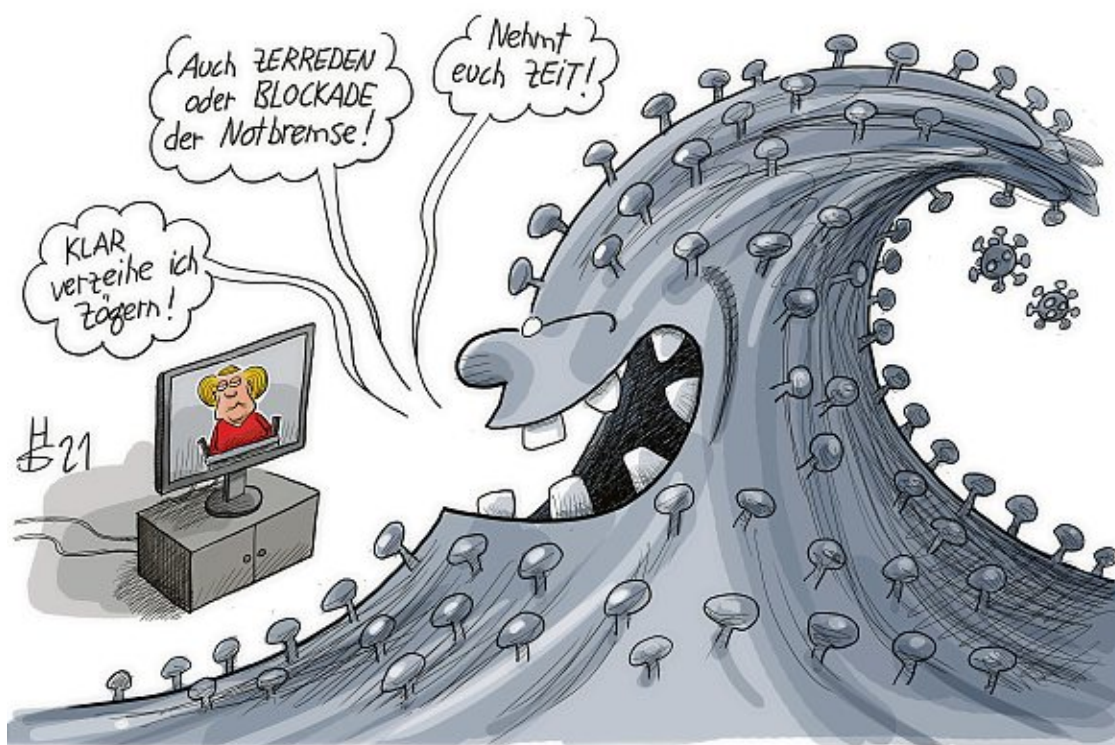
Bayern München

Flick verliert das Muskelspiel

CHRISTIAN KATTNER

Nach der Umarmung mit David Alaba musste sich Hansi Flick eine Träne aus dem Auge wischen. Der nahende Abschied von der Mannschaft, deren Qualität und Einstellung der Erfolgstrainer auch bei der Verkündung seiner Entscheidung kurz nach dem Spiel in Wolfsburg noch einmal so sehr lobte, schmerzen den 56-Jährigen. Doch Hansi Flick möchte nicht mehr. Er hat den FC Bayern München darum gebeten, bereits im Sommer aus seinem laufenden Vertrag aussteigen zu dürfen. Bei einer solch starken Bindung zwischen Trainer und Mannschaft ist das ein klares Zeichen dafür, dass es auf anderen Ebenen nicht mehr stimmt.

Gerüchte über einen vorzeitigen Ausstieg gab es schon seit Wochen. Erst recht, nachdem Joachim Löw ankündigte, das Amt des Bundestrainers nach der EM im Sommer niederzulegen und Flick als Nachfolger gehandelt wurde. Spekulationen hat es auch immer wieder um sein Verhältnis zu Hasan Salihamidzic gegeben. Sportlich mag Flick in dieser Woche bereits im Viertelfinale an Paris St.-Germain in der Mission Titelverteidigung der Champions League gescheitert sein, vereinsintern aber hat er das Muskelspiel mit dem Münchner Sportvorstand verloren. Insbesondere, als es um unterschiedliche Vorstellungen der Kaderzusammenstellung ging. In diese fühlte sich Hansi Flick nicht ausreichend eingebunden, kritisierte immer wieder öffentlich Personalentscheidungen oder forderte Verstärkungen. Erhöht wurde er nicht. Seine Liebe zur Mannschaft ist dennoch groß geblieben, die zum FC Bayern hingegen erkaltet. Während er auch in Wolfsburg von seinen Spielern schwärmte, gab es lediglich einen Dank an den Verein. Einen Dank dafür, dass er den Klub, für den er schon als Kind schwärmte, fast zwei Jahre trainieren durfte. Viel mehr ist von der großen Liebe nicht geblieben.



Die dritte Welle schaut Infektionsschutzdebatte.

BERLINER ZEITUNG/HEIKO SAKURAI

In fünf Monaten ist großer Wahltag: Am 26. September werden Bundestag, Abgeordnetenhaus sowie Bezirksparlamente neu gewählt. In den Wochen und Monaten davor bringen sich die Parteien in Stellung, sortieren ihr Personal, suchen Spitzenpersonal aus. Das sind immer schwierige Momente, weil dabei Enttäuschungen zurückbleiben.

Am Sonnabend hat die Berliner CDU ihre Landesliste für die Bundestagswahl gewählt, nächsten Sonnabend macht es ihr die SPD nach.

Solche Listenaufstellungen vor großen Wahlen müssen immer gleich mehrere Frage beantworten. Neben denen nach der Balance zwischen innerparteilichen Strömungen geht es immer auch darum, wie sich die gesellschaftliche Realität widerspiegelt. Wie viele Frauen befinden sich an aussichtsreichen Positionen? Wie viele Personen mit Migrationsgeschichte? Und gerade in Berlin ist auch mehr als drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall immer noch entscheidend, ob beide Stadthälften ausreichend berücksichtigt werden. Und es liegt in der Perspektive jeder Partei, was wichtiger ist. Aber natürlich hat die Partei, der der beste Ausgleich dieser Kriterien gelingt, beste Aussichten bei der nächsten Wahl.

Beim Blick zurück auf die CDU und voraus auf die SPD fallen die Antworten unterschiedlich aus: So gelang es der CDU, ihre sechs wichtigen vorderen Listenplätze ausgeglichen zwischen Frauen und Männern zu besetzen. Hinter Spitzenkandidatin Monika Grütters gingen auch die Plätze 3 und 6 an Frauen. Das ist durchaus ungewöhnlich für eine Partei, die traditionell Männer-dominiert ist und an Frauenmangel leidet. Was wiederum die Attraktivität für nachrückende Frauen schmälert – von den deswegen eingeschränkten Wahlchancen ganz zu schweigen. In Sachen Migrationserfahrung kann die Partei immer darauf verweisen, dass Ottilie Klein

Listenaufstellung der Parteien

Suche nach Balance



ELMAR SCHÜTZE

aus Mitte (Listenplatz 3) Kind von Russlanddeutschen ist.

Allerdings hat die Berliner CDU weiterhin ein West-Ost-Gefälle. Einzig Claudia Pechstein schaffte es auf einen einigermaßen aussichtsreichen Listenplatz, und das ist ausgerechnet eine Nicht-Politikerin. Was dieses Signal bei den profilierten Ost-Berliner Politikern auslöst, kann man sich vorstellen: Frustration und Resignation und das Gefühl, dass man auf nicht absehbare Zeit in der Berliner CDU allenfalls die zweite Geige spielen kann.

Und die SPD am kommenden Wochenende? Für die Sozialdemokraten muss es vor allem darum gehen, den lange schwelenden Streit an der Parteispitze nicht ausgerechnet bei der Listenaufstellung zur Bundestagswahl wieder aufbrechen zu lassen. Also hievte die Parteispitze Michael

Müller, den sie zuvor unsanft aus dem Rennen um das Rote Rathaus gedrängt hatte, auf Platz 1. Partei-Darling Kevin Kühnert, der in der Bundes-SPD mehr Anhänger hat als in Berlin, muss sich mit Platz 3 begnügen. Die Plätze 2 und 4 sind dann satzungsgemäß für Frauen reserviert. Platz 2 ist für Cansel Kiziltepe vergeben, türkisch-stämmige Bundestagsabgeordnete aus Kreuzberg. An Platz 4 dürfte es zur ersten Kampfkandidatur zwischen der früheren Juso-Chefin Annika Klose aus Mitte und der in Rumänien geborenen Anna Maria Trasnea aus Treptow kommen.

Die Co-Vorsitzenden Franziska Giffey und Raed Saleh werden aber vor allem darauf achten, dass die Wahl für die Plätze 1 und 3 unfallfrei über die Bühne geht. Alles andere würde das immer noch fragile Machtgefüge beschädigen. Und das könnte dann auch Auswirkungen auf Franziska Giffeys Kampagne zur Regierenden Bürgermeisterin haben.

Man kann über CDU und SPD sagen, was man will. Beides sind große, oft im Laufe der Zeit auch verknöcherte Volksparteien mit jahrelangen Seilschaften und Abhängigkeiten. Außenseiter und Kritiker der Parteispitze haben es da naturgemäß schwer.

Aber die anderen Parteien müssen es erst einmal besser machen. So haben Grüne und Linke ihre Landeslisten für den nächsten Bundestag längst fertig. Die Grünen gehen erneut mit der Abgeordneten Lisa Paus aus Charlottenburg-Wilmersdorf als Spitzenkandidatin an den Start, bei den Linken wurde wieder Petra Pau aus Marzahn-Hellersdorf auf Platz 1 gewählt.

Beide Parteien wählten übrigens nicht eine einzige Person mit Migrationsgeschichte auf einen aussichtsreichen Listenplatz. Dass ausgerechnet Grüne und Linke vehement für eine Migrantenquote im öffentlichen Dienst streiten, steht auf einem anderen Blatt. Aber im selben Zeitungsartikel.

Kolumne

Mal deutsch, mal türkisch

MIRAY CALISKAN

wie dem Zuckerfest Bayram, Zeit mit meiner Familie. Es gehörte dazu.

Das mag für viele befremdlich klingen, manchmal war es das sogar für mich. Es gab viele Momente, wo ich mir wehmütig und vor allem sehnsüchtig die Geschichten meiner Freundinnen und Freunde angehört habe, was sie am Wochenende alles erlebt haben. Sie waren immer völlig losgelöst von ihren Familien. Sie mussten nicht im Haushalt aushelfen, sondern lebten ihr Leben schon mit zwölf Jahren aus. Gingen, selbst wenn am nächsten Tag Unterricht anstand, bis zwei Uhr morgens feiern. Und den Eltern? War es egal. Hieß deutsch sein, frei zu sein? Und vor allem:

Ging es allen türkischstämmigen Deutschen wie mir?

Ich lebte eine lange Zeit in diesen beiden Welten, immer auf der Suche nach meinem wahren Ich, nie einer Seite völlig zugehörig. Viel zu spät begriff ich, dass es ziemlich bereichernd sein kann, eine multiple Identität zu besitzen. Je älter ich wurde, desto weniger fühlte ich mich entzweierte. Die Konturen dieser doch sehr unterschiedlichen Kulturen lösten sich auf, gingen ineinander über.

Mich stört es nicht, wenn ich nach meiner Herkunft gefragt werde, weil es meiner Meinung nach von Interesse zeugt. Aber es stört mich, dass viele Deutsche noch immer nicht wissen, dass Caliskan ein typisch türkischer Nachname ist. Und dass nicht alle Türken dunkle Haare und dunkle Augen haben. Mich stört es, dass die meisten Deutschen zwar die türkische Küche zu kennen scheinen, aber darüber hinaus kaum etwas über die Kultur wissen oder wissen wollen. Wieso habe ich so viel Interesse an den Deutschen, aber sie kaum an meiner zweiten Kultur?

Es gibt Momente, in denen ich mich mehr türkisch als deutsch fühle. Wenn ich eine rassistische Bemerkung einstecken muss zum Beispiel. Oder Komplimente dafür bekomme, akzentfrei Deutsch zu sprechen. Sehr fraumüllrig fühle ich mich, wenn ich penibel alle behördlichen Termine einhalte oder zu jeder Verabredung zehn Minuten zu früh erscheine. Also, mal ehrlich: Was heißt es schon, deutsch oder türkisch zu sein?

Zitat

„Es tut ganz gut, mal wieder eine Abstimmung zu gewinnen.“

Friedrich Merz

nach seiner parteiinternen Wahl zum CDU-Direktkandidaten für den Hochsauerlandkreis. In den vergangenen Jahren war er gleich zweimal mit dem Versuch gescheitert, CDU-Chef zu werden.

Auslese

Niemand weiß, was Putin will

Zum russischen Truppenaufmarsch Zentlang der Grenze zur Ukraine schreibt die Wiener Zeitung *Der Standard*: „Das Militärengpfeil dient nicht unbedingt der Vorbereitung einer realen Großoffensive gegen den Nachbarn. Vielmehr soll das Muskelspiel die eigene Verhandlungsposition verbessern. Die Eskalation der Krise im Donbass und die Zuspitzung der Lage drumherum haben wohl nicht zufällig begonnen, nachdem Kiew drei prorussische TV-Sender im Land eingestellt und somit Moskau Einflussmöglichkeiten erheblich eingeschränkt hatte. Dass der ukrainische Präsident zudem noch den Nato-Beitritt seines Landes forderte, hat die Entschlossenheit in Moskau nur verstärkt, die Ukraine nicht aus dem eigenen Orbit zu entlassen. Mit der Kraftdemonstration will Moskau die Gegenseite zu Zugeständnissen zwingen, doch das ist hochriskant. Schon Tschschow wusste: Hängt im ersten Akt ein Gewehr an der Wand, wird im letzten Akt daraus geschossen.“

Die britische Sonntagszeitung *The Sunday Times* kommentiert: „Niemand außerhalb der Präsidentensuite im Kreml weiß genau, was Wladimir Putin vorhat. US-Präsident Joe Biden hat in der Öffentlichkeit zurückhaltend reagiert. Ist das der richtige Weg, mit einem Mann umzugehen, den Biden selbst als ‚Killer‘ bezeichnet hat? Es gibt noch einen anderen Weg: eine nichtöffentliche, aber entschiedene Warnung, dass ein Angriff auf die Ukraine Folgen haben wird, die weit über die Ausweisung einiger russischer Spione und finanzielle Sanktionen gegen Putins Kumpane hinausgehen.“ (f.s.)

Berliner Zeitung

PLICHTBLATT DER BÜRSE BERLIN

Herausgeber: Dr. Michael Maier

Textchefin: Bettina Cossack (VStP)

Redaktionelle Koordination: Karim Mahmoud, Tobias Müller

Reporter: Ruth Schneberger, Jan Schmidt

Dossier: Anja Reich, Sabine Rennefanz

Resorts

Politik & Gesellschaft: Christine Dankbar

Welt & Nationen: Dr. Michael Maier

Wirtschaft & Verantwortung: Katharina Brienne

Kultur

Lernen & Arbeiten: Eva Corino

Gesundheit & Leben: Ruth Schneberger

Sport & Leidenschaft: Benedikt Paetzholdt

News

Philippa DeJonge

Chef Fotoredaktion: Paulus Ponizak

Die für das jeweilige Ressort an erster Stelle Genannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Berliner Pressgesetzes.

Chef Print

Ingo Preißner

Chefin Art Direction: Stephanie Franziska Scholz

Print Art Direction: Annette Tiedje

Chefin Open Source: Dr. Petra Kohse

Lesertelefon Redaktion: +49 30 63 33 11-457

E-Mail: leser-biz@berlinerzeitung.de

Redaktion: Berliner Newsroom GmbH

Geschäftsführung Berliner Newsroom GmbH:

Dr. Mirko Scheffels (Voritz), Tobias Müller, Jan Schmidt

Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin

Voritz: Berliner Verlag GmbH:

Geschäftsführung: Dr. Mirko Scheffels (Voritz), Holger Friedrich

Postadresse: 11509 Berlin, Besucher: Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin

Telefon: +49 30 23 27-9; Fax: +49 30 23 27-53 33

Anzeigen: BVZ Anzeigenzeitungen GmbH, Geschäftsführung: Holger Friedrich

Postfach 11 05 06, 10835 Berlin;

Anzeigenannahme: +49 30 23 27-50; Fax: +49 30 23 27-66 97

E-Mail: kundenservice@berlinerzeitung.de

Traueranzeigen: E-Mail: traueranzeigen@berlinerzeitung.de

Es gilt Anzeigenpreisliste gültig seit 1.1.2021.

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH,

Geschäftsführung: Steffen Heimschrott, Holger Friedrich

Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin,

Internet: www.berliner-zeitungsdruck.de

Leserservice Abo: +49 30 23 27 77, E-Mail: leserservice@berlinerzeitung.de

Die Print-Ausgabe und das E-Paper der Berliner Zeitung wöchentlich Mo-Fr

sowie als Wochenendausgabe samstags im Berliner Verlag.

Mit dem Digital-Abonnement der Berliner Zeitung erhalten Sie

jederzeit Zugang zu allen Artikeln auf berliner-zeitung.de.

Alle Angebote und die dazugehörigen Preise finden Sie auf unserer

Internetseite aboshop.berliner-zeitung.de

Im Falle höherer Gewalt und bei Arbeitskämpfen (Streik/Aussperrung) besteht

kein Belieferungs- und Entschädigungsanspruch.

Erfüllung und Gerichtsstand Berlin-Mitte.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotomaterial wird

keine Haftung übernommen.

Die Auflage der Berliner Zeitung wird von der unabhängigen Informations-

gemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern geprüft.